



ODENWALD KURIER

Zeitung der **DKP** für den Odenwald

**Januar
2026**

Guten Tag im neuen Jahr!

Zum verabschiedeten Rentengesetz!

Von „Reform“ kann keine Rede sein, denn dies würde eine „geplante, schrittweise Verbesserung“ bedeuten. Das ist aber auf keinen Fall zu erwarten. Das, was jetzt beschlossen wurde, war lediglich die Verzögerung einer planmäßigen Verschlechterung nach 2031. Achtzehn Abgeordnete der Jungen Union waren gar der Meinung auf Rebellion zu machen und dieses Gesetz zu Fall zu bringen. Offenbar meinen diese Schnösel, dass es den deutschen Senioren zu gut gehe? Dabei sieht es nach einer Untersuchung der Organisation für Sicherheit, Zusammenarbeit und Entwicklung in Europa (OECD) für unsere Rentner gar nicht gut aus. Der von ihr, in der letzten Novemberwoche veröffentlichte Vergleich der Rente, in ihren Mitgliedsstaaten, bringt Folgendes zutage: Demnach rangiert das deutsche Nettorentenniveau auf Platz 17 von 22 EU-Staaten. Es wird nur noch unterboten von Lettland, Irland, Polen, Estland und Litauen.

Ja, es wäre eine große Rentenreform nötig,



**Die Rentner sind
immer zu teuer !
- egal wie
billig sie sind...**

die Millionen aktuelle und zukünftige Rentner vor der Entwürdigung bewahren könnte, sich im Ruhestand einschränken zu müssen. Aber die

ist von der Koalition aus CDU/CSU und SPD nicht zu erwarten. Sie plant eher das Gegenteil, denn sie wird dem Druck aus Wirtschaftsverbänden und von 20 sogenannten Wirtschaftsexperten samt Konzernmedien nichts entgegensetzen. Da wird richtig schweres Geschütz aufgefahrene. Täglich hören wir von Rentenhammer, Kostenlawine und einer unverantwortlichen Belastung der jungen Generation.

Weshalb die junge Generation ein Interesse daran haben sollte, im Alter komplett abzustürzen und deutlich schlechter dran zu sein, als die Rentner heute, können einem wohl nur Abgeordnete der Jungen Union erklären, die selbst weder in die Rentenversicherung einzahlen, noch von ihr im Alter abhängig sein werden. Politiker verfügen über ein eigenes Versorgungsnetzwerk, das nach kurzer Zeit schon Altersbezüge sichert, wovon der normale Beitragszahler nur träumen kann. In dieser Diskussion wird der Rentenanspruch zum unanständigen Verlangen einer gierigen Seniorenschaft.

Aber wer rückt die Zusammenhänge gerade, vertritt die Interessen der arbeitenden Bevölkerung und setzt dem Druck der Kapitalverbände den nötigen Widerstand entgegen? Von CDU/CSU ist nichts zu erwarten, und die Sozialdemokraten haben während ihrer jahrelangen Regierungszeit stets links geblinkt und sind rechts abgebogen.

Die Gewerkschaften könnten und müssten den Gegendruck organisieren, sind aber in ihren Führungsgremien zu sehr mit der SPD verflochten.

R. Weber

Rente geht auch anders!

Wie eine echte Rentenreform aussehen könnte, zeigt Österreich. In unserem Nachbarland erhält ein langjährig versicherter Rentner durchschnittlich 800 Euro mehr im Monat als in Deutschland. Das geht, weil Österreich die richtigen Reformen durchgeführt hat. Im Gegensatz dazu wurden bei uns unter dem damaligen Arbeitsminister Walter Riester (SPD) die Rentenkürzungen und die teuren Subventionen für private Rentenprodukte eingeführt. In Österreich zahlen heute alle in



die Rentenversicherung ein, auch Beamte, Selbstständige und Politiker. Sie alle zahlen in einen Topf und alle bekommen Rente aus dem gleichen Topf. Das ist der entscheidende Unterschied zu Deutschland. Die Beiträge sind etwas höher als bei uns. Statt 9,3 Prozent bei uns zahlt ein Beschäftigter in Österreich 10,25 Prozent seines Bruttogehalts in die Rentenkasse ein.

Was bedeutet das? Für einen Arbeiter mit 4000 Euro Bruttogehalt sind das Mehrkosten von rund 38 Euro im Monat. Diesem Mehrbetrag steht ein Mehr an 800 Euro Rente gegenüber.

Eine private Vorsorge, wo man mit 38 Euro Einzahlung eine zusätzliche Rente von 800 Euro in heutiger Kaufkraft erhält, wird schwerlich zu finden sein. Etwa 200 Euro der höheren österreichischen Rente liegt an der anderen demografischen Zusammensetzung der Gesellschaft. Es gibt dort mehr jüngere Menschen. Aber auch eine Erhöhung der Durchschnittsrente von 600 Euro pro Monat wäre für die deutschen Rentner, und die, die es in Zukunft noch werden wollen, schon ein Hauptgewinn.

DKP Odenwald

Zerschlagung des Gesundheitswesens durch die SPD

Dank der "Sozialen"- "Demokratie", von Karl Lauterbach und Ulla Schmidt initiiert, wird seit 2000 das Gesundheitswesen systematisch zerstört, denn das Ziel ist die Privatisierung des Gesundheitswesens.

Von 1991 bis 2023 sank die Zahl der Kliniken in Deutschland von 2411 auf 1874. Davon gingen 799 in Privateigentum über. Auch dieses Jahr wird die Privatisierung weitergehen. Von der Bildfläche verschwinden überwiegend öffentliche Grundversorger, während private Spezialanbieter in großer Mehrheit kräftige Gewinne anhäufen.

2025 wurden von den Versicherten ca. 280 Milliarden Euro an Krankenkassenbeiträgen gezahlt. Etwa 250 Mrd. davon zahlten die gesetzlich Versicherten (Arbeitnehmer und Rentner) an Kassenbeiträge. Ca. 30 Mrd. entfallen je zur Hälfte durch Privatversicherte und Beamte an, wobei die Allgemeinheit die Kosten für die



Beamten über Steuerzahlungen aufbringen muss.

Laut offiziellen Schätzungen fließen ca. 56,4 Prozent der Einnahmen aus den Kassenbeiträgen in eine von Lauterbach/Schmidt verankerte (für die Hersteller lukrative) Materialschlacht, die über eine zentrale Materialeinkaufs- und Versorgungsverteilung den Krankenhäusern und Ärzten 'verordnet' wurde.

Danke SPD!

Beträchtliche Beträge werden von den unzähligen Krankenkassen samt ihren Verwaltungen verschlungen. Immerhin zahlen sich Vorstände üppige 6-stellig Jahresgehälter. Dieses Geld fehlt für die Behandlung von Patienten.

Fazit: Die gesetzlich Versicherten zahlen, trotz Streichungen von Kassenleistungen und steigenden Zuzahlungen, 90 Prozent der Kassen-einnahmen für eine kaum noch vorhandene Gesundheitsversorgung und müssen wie Bittsteller um Arzt- oder Krankenhaustermine betteln, während das Geld in profitable Materialeinkäufe und überbordende Verwaltungen verschwindet.

Harald K.



Spenden sind herzlich willkommen!

DKP Darmstadt

Stichwort „ODENWALDKURIER“

IBAN: DE55 5085 0150 0018 0093 40

V.i.S.d.P.: Reinhold Fertig Hochstraße 31, 64720 Michelstadt

E-Mail reinhold.fertig@mail.de